

Mengerskirchen

"Ein Geschäft ohne Geschmäcke"

Knoten-Windpark: CDU argumentiert für die Einigung mit dem Investor

Mengerskirchen. Die Gemeinde Mengerskirchen hat ihren Widerstand gegen den Windpark auf dem Knoten aufgegeben (wir berichteten). Die Bewertung des "Schlusstrichs", den die Gemeinde in der vergangenen Woche per Parlamentsbeschluss gezogen hat, fällt bei den einzelnen Parteien allerdings höchst unterschiedlich aus. Anders als die SPD ("Es hat alles nichts gebracht") und die FWG ("Ein Geschäft mit Geschmäcke") sieht die CDU ein angemessenes Reagieren auf die Situation.



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Hermann äußerte gegenüber dieser Zeitung, dass es sich bei der Übereinkunft zwischen dem Marktflecken und dem Windpark-Investor um "ein ganz normales Geschäft ohne Geschmäcke" handelt. Mengerskirchen habe seine Chancen genutzt, den aussichtslosen juristischen Widerstand gegen den Windpark ohne einen finanziellen Verlust zu beenden. "Mengerskirchen sind keine Kosten entstanden", hob Hermann hervor.

Wäre das Parlament hingegen einem Antrag der SPD-Fraktion vom 11. Oktober auf Rücknahme der Klage gefolgt, dann säße die Gemeinde heute auf Rechtsanwalts- und Gerichtskosten, argumentiert der CDU-Politiker. "Es hätte gegenüber dem Investor keine Verhandlungsposition mehr gegeben", sagte Hermann. Die Kosten, um die es geht, werden auf 6000 bis 8000 Euro geschätzt.

Warum die Hermann-Hofmann-Gruppe (Solms-Niederbiehl) dazu bereit ist, diese Kosten zu übernehmen, erläuterte Mengerskirchens Bürgermeister Thomas Scholz (CDU) gestern auf Anfrage dieser Zeitung: "Der Investor wird die Genehmigung für die Windkraftanlagen erheblich schneller bekommen." Denn theoretisch hätte die Gemeinde Mengerskirchen das Genehmigungsverfahren in allen nachgeordneten Schritten weiter verzögern können. Darauf wird der Marktflecken jetzt verzichten. "Es bringt nichts mehr, auf Zeit zu spielen", sagte Scholz.

Entscheidung in Kassel lässt Aussichten in Gießen auf null sinken

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Hermann, gleichzeitig Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, lässt die jüngste Entwicklung noch einmal Revue passieren: "Am 12. Oktober hat der Verwaltungsgerichtshof Kassel den Bau der Windenergieanlagen auf dem Knoten genehmigt und Mengerskirchen die Klageberechtigung abgesprochen. Dies mussten wir leider mit großem Unverständnis akzeptieren." Scholz bezeichnete die Entscheidung des Gerichts als "unumstößlich". Die Aussichten für das eigene Verfahren in Gießen seien nach der Entscheidung des Kasseler Gerichts auf null gesunken.

Die Konsequenz: Das Parlament der Gemeinde Mengerskirchen beschloss am 22. November mit deutlicher Mehrheit von 21 Stimmen dafür, drei Stimmen dagegen und einer Enthaltung, dass die Gemeinde Mengerskirchen ihre Klage vor dem Verwaltungsgericht in Gießen zurückzieht. In diesem Klageverfahren wäre es um die Beurteilung des Knotens als Vorranggebiet für Windkraft gegangen. Dabei hätten insbesondere natur- und artenschutzrechtliche Belange erörtert werden sollen. Dazu wird es nach Rücknahme der Klage nicht mehr kommen.

Im Gegenzug für die Klagerücknahme durch den Marktflecken übernimmt der Windpark-Investor die Anwaltskosten und die Gerichtsgebühren der Kommune Mengerskirchen aus Verfahren, die von den Nachbarkommunen Driedorf und Greifenstein angestrengt worden waren. Die Mengerskirchener Nachbarkommunen hatten vor den Gerichten die Änderung des Regionalplans zugunsten des Knoten-Windparks und den Sofortvollzug erwirken wollen.

Helmut Meyer (CDU), Erster Beigeordneter der Gemeinde Mengerskirchen, schätzt das Arrangement mit der Hermann-Hofmann-Gruppe so ein: "Für den Gemeindevorstand sind 8000 Euro keine Peanuts. Dies ist nicht unser Geld, sondern das Geld der Bürger." Eine andere Entscheidung als für den von der FWG kritisierten "Deal mit

Geschmäcke" hätte Helmut Meyer "nicht verantworten können."

Der Erste Beigeordnete äußerte: "Ich bin froh, dass die Gemeindevertretung der Vorlage des Gemeindevorstandes gefolgt ist. Die Gemeinde hatte null Chancen, die Winkraftanlagen am Knoten zu verhindern. Jedes weitere juristische Vorgehen wäre pure Geldvernichtung gewesen. Vielleicht sollten alle Kritiker einmal darüber nachdenken."

Dokumenten Information

Copyright © mittelhessen.de 2011

Dokument erstellt am 28.11.2011 um 17:53:38 Uhr

Letzte Änderung am 28.11.2011 um 18:50:18 Uhr

URL: http://www.mittelhessen.de/lokales/top_news_aus_regionen/top_news_aus_der_region_weilburg_limburg/?em_cnt=639879&em_loc=17